

Ohne Kampf kein Fortschritt!



Regierung erfüllt Industriellen-Wünsche: ArbeitnehmerInnen sollen länger arbeiten und weniger mitgestalten

Die enormen Wahlkampfspenden von Industriellen haben sich gelohnt: „Das Programm der schwarz-blauen Regierung ist in vielen Bereichen fast deckungsgleich mit Forderungen der Industriellenvereinigung“, kritisiert FSG-Landesvorsitzender Andreas Stangl. „Es sind Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen geplant, wie etwa bei der Arbeitszeit oder beim Arbeitslosengeld, gleichzeitig sollen auch die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen geschwächt werden.“

Unter dem Schlagwort „Entbürokratisierung“ plant Schwarz-Blau offenbar einen Angriff auf die Mitbestimmung. Durch die Zusammenlegung von Arbeiter- und Angestelltenbetriebsräten wird die Zahl der InteressenvertreterInnen deutlich sinken. „Auch die Jugend darf sich künftig nicht mehr selbst vertreten. Mit der geplanten Wahlalterssenkung sind JugendvertrauensrätInnen Geschichte“, beschreibt Stangl.

ArbeitnehmerInnen verlieren

Auf der Strecke bleiben die ArbeitnehmerInnen. Ihnen drohen durch die Einführung eines 12-Stundentages empfindliche Einkommensverluste wegen Wegfalls von Überstundenzuschlägen. Völlig unklar ist, ob sie von angekündigten Steuersenkungen profitieren werden. „Die Aussichten sind eher schlecht. Denn die geplante Senkung der Körperschaftssteuer ist ein Geschenk für die Unternehmen und der Steuerbonus für Familien nützt nur Spitzenverdienern“, warnt Stangl.

Gesundheit bleibt auf der Strecke

Als arbeitnehmerfeindlich ist auch die geplante Staffelung des Arbeitslosengeldes zu bewerten. Auch das Erfolgsprogramm „Aktion 20.000“, das vielen langzeitarbeitslosen Menschen eine neue Chance gibt, wird reduziert. Auch der geplante Abbau von ArbeitnehmerInnenschutzrechten entspricht ausschließlich den Interessen von Unternehmern. „Draufzahlen werden etwa die ArbeitnehmerInnen im Tourismus, wo die Ruhezeit auf acht Stunden verkürzt wird und die Gastronomie-Beschäftigten, die dem blauen Dunst ausgeliefert werden.“

**„Die
Interessenvertretungen
der ArbeitnehmerInnen
sollen geschwächt
werden.“**

Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender

